

Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert

Veranstalter: Weimarer Republik e.V.

Datum, Ort: 27.11.2015–29.11.2015, Berlin

Bericht von: Sebastian Elsbach / Ronny Nolak, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Den Beginn der Tagung bildete die Eröffnung der Wanderausstellung „Die Weimarer Republik: Deutschlands erste Demokratie“ im Berliner Ostbahnhof. Hierbei sprach Bundesjustizminister Heiko Maas über die Bedeutung der Weimarer Republik für aktuelle Debatten in der Bundesrepublik. Vor allem die Notwendigkeit einer ständigen Beteiligung in der Demokratie aber auch die kulturellen Leistungen der Weimarer Republik hob Maas heraus. Damit wurde in Voraussicht auf das Tagungsthema bereits angesprochen, welchen Wert die Beschäftigung mit der Weimarer Republik auch für aktuelle Problemstellungen haben kann.

Eingeleitet wurde die Tagung im Anschluss daran von MICHAEL DREYER (Jena) der zunächst, unter Bezugnahme auf den Konferenztitel „Die Weimarer Republik als Herausforderung“, verschiedene Felder herausstellte, deren Beschäftigung mit der Epoche zwischen 1919 und 1933 weiterhin keinesfalls obsolet ist. Insbesondere für Wissenschaft, Politik und Medien ist die Weimarer Republik eine Herausforderung, da die Erfahrungen aus der ersten Demokratie in Deutschland entweder wenig untersucht oder kaum in aktuelle Debatten eingebracht werden. Wie diesen Desideraten begegnet werden kann, sollten unter anderem die Beiträge der Tagung beantworten. Dabei könne Weimar nicht nur als negatives Beispiel sondern müsse vermehrt als aktive und starke Demokratie betrachtet werden, deren Potential in der Bundesrepublik genutzt werden konnte. Die Konferenz verfolgte dabei die Zielsetzung, Akteure aus verschiedenen Bereichen der Forschung und Wissenschaft, aus der politischen Bildung und aus der Praxis der Wissensvermittlung zu vereinen und somit einen interdisziplinären Blick auf die „Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert“

zu werfen. Malte Krückels, Staatssekretär für Medien und Bevollmächtigter des Freistaates Thüringen beim Bund, begrüßte anschließend ebenso die Konferenzteilnehmer und wünschte eine in allen Belangen gelungene Tagung.

Den ersten Vortrag unter der Rubrik „Weimar als Herausforderung – ein erster Überblick“ hielt URSULA BÜTTNER (Hamburg). Sie setzte sich in ihrem Referat mit der Frage auseinander, ob Weimar eine überforderte Republik gewesen sei und wer überfordert gewesen sei. Büttner kommt zu der Überzeugung, dass Individuen hierfür kaum gemacht werden können. Vielmehr seien überzogene Erwartungen an die erste Demokratie in Deutschland bereits zu deren Beginn sowie eine Belastung verschiedener sozialer Gruppen, namentlich der Mittelstand und die Arbeitnehmer, einer der Gründe warum das politische System die wirtschaftliche Krise nach 1929 nicht überstand.

Im Anschluss daran sprach DETLEF LEHNERT (Berlin) über die Chancen und Möglichkeiten und somit auch über die politischen Handlungsalternativen zwischen 1918 und 1933. Lehnerts Blick richtet sich dabei vor allem auf die außen- und wirtschaftspolitischen Spielräume, die sich der Weimarer Republik boten. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass sich trotz der nicht geringen Anzahl an Krisen die Weimarer Republik 1929 in einer relativen Stabilität befand und erst die Wirtschaftskrise das Fundament der Demokratie unterspülte.

Im Anschluss an diese überblicksartigen Einleitungen kamen die Akteure der politischen Bildung zu Wort. MORITZ KILGER (Weimar) von der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte (EJBW) interessierte vor allem die Frage, was Jugendliche heute beschäftigt. Er kam dabei zu der Auffassung, dass die Themen: Wer bin ich und welche Rolle habe ich im Staat und in der Gesellschaft auch in der Weimarer Republik schon von der Jugend gestellt wurden. Eine Förderung des demokratischen Zusammenhalts lässt sich demnach auch durch die Beschäftigung mit der Weimarer Republik bewirken.

Fortgesetzt wurde der Themenblock durch den Präsidenten der Bundeszentrale für po-

litische Bildung THOMAS KRÜGER (Berlin). Dieser stellte heraus, dass aktuell in der schulischen Unterrichtung der Anteil der politischen Bildung abgenommen habe, sich jedoch gleichzeitig die Erwartungen an die politische Bildung im außerschulischen Bereich verstärkt haben. Die Bundeszentrale setzt dabei in ihrer Arbeit in den kommenden Jahren auch einen neuen Schwerpunkt auf das Thema Weimarer Republik. Dabei sollen folgende Themenfelder unter Rückbezug auf aktuelle Problemstellungen im Vordergrund stehen: die Rolle von Institutionen in der Demokratie, die Wurzeln der Demokratiebildung in der Weimarer Republik, die Demokratiepflge, der Aspekt der wehrhaften Demokratie, Populismus, Rassismus sowie der Widerstand im Nationalsozialismus.

Beschlossen wurde der Freitag von ANTONIO PETER (Erfurt) von der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung. Peter beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den Herausforderungen der politischen Bildung im Bundesland Thüringen. Er stellte in seiner praktischen Arbeit fest, dass Themen verstärkt einen lebensweltlichen Bezug haben müssen, um auch angenommen zu werden. Verwiesen wurde dabei auch auf die Konjunkturen von politischer Bildungsarbeit und darauf, dass die Bedeutung von Jahrestagen und das daraus folgende Interesse an historischen Ereignissen zunehme. Dieser Befund lässt vor allem für das Themenfeld Weimarer Republik einen Bedeutungszuwachs vermuten, da das anstehende 100-jährige Jubiläum der Gründung der Weimarer Republik auch das öffentliche Interesse für diesen Bereich stärken werde.

Der folgende Samstag widmete sich in vier Referaten zunächst dem Themenblock „Weimar als Ausstellung – Demokratie sichtbar machen“. Hier kamen vor allem die Praktiker aus der Museumsarbeit zu Wort. Dabei eröffnete STEPHAN ZÄNKER (Weimar) vom Weimarer Republik e.V., die Reihe. Er widmete sich den Anforderungen bei der Konzeption einer modernen Wanderausstellung. Dabei machte er zunächst zwei wesentliche Notwendigkeiten aus. Zum einen ist dies die Wissensvermittlung und zum anderen die Notwendigkeit der Verknüpfung von Historie und Gegenwart. Eine Ausstellung müsse

dabei zunächst „neugierig machen, anschließend fesseln und schließlich für das Thema begeistern“. Dies wurde beispielsweise bei der Konzeption der Ausstellung „Die Weimarer Republik: Deutschlands erste Demokratie“ durch auffällige Farbgebung und den Einsatz moderner Medien erreicht.

Auf die Arbeit im lokalen und räumlich festgelegten Rahmen ging anschließend das Referat von ALF RÖßNER (Weimar) ein. Dieser konnte als Direktor des Weimarer Stadtmuseums unter dem Titel „Weimar in Weimar – die Mühen der Ebene“ Einblicke in die Konzeption einer Dauerausstellung in einer Stadt mit großer Museumsdichte geben. Als besondere Herausforderungen konnte Rößner dabei Fragen nach dem Vorwissen der Besucher und die Tatsache, dass die Weimarer Republik nach der Abhaltung der Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater sich kaum mehr in Weimar abspielte, identifizieren. Dennoch ist die Auseinandersetzung in Weimar mit der nach der thüringischen Kleinstadt benannten Epoche für die Zukunft ein ausbaufähiger Bereich.

ARNULF SCRIBA (Berlin) vom Deutschen Historischen Museum (DHM) verließ mit seinen Ausführungen die lokale Perspektive und weitete den Blick auf die Ebene der Bundeshauptstadt. Sein Vortrag stellte die Antwort auf die Frage dar, wie Traditionslinien aus der Weimarer Republik heute im musealen Rahmen sichtbar gemacht werden können. Das DHM besitzt hierfür seit 2006 eine Dauerausstellung, aber auch die „Werkstatt für Demokratie“ ist eine partizipative Form dieser Sichtbarmachung von demokratischen Traditionen. Auch in der Zukunft wird das Thema Weimar eine wichtige Säule in der Arbeit des DHM sein. Die Verknüpfung von Kultur- und Verfassungsgeschichte werde dabei ein Themenfeld für die anstehende Ausstellung des DHM sein.

Den Einblick in die praktische museale Arbeit mit der Weimarer Republik beschloss THOMAS SCHLEPER (Köln) vom Landschaftsverband Rheinland. Der Referent verband Erfahrungen aus der Gestaltung der „Eurovision“ im Rhein-Ruhr-Gebiet mit der Erarbeitung eines weiteren Verbundprojekts in den kommenden Jahren. Zentrale Themen der Willkommenskultur, Partizipation und

Bildung, die bereits während der Weimarer Republik diskutiert wurden und heute aktuell sind, sollen hier vermittelt werden. Aber auch die Themen Europa, Demokratiemöglichkeiten und Neue Medien werden unter Rückbezug auf die Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung aktueller Zusammenhänge Eingang in das neue Verbandsprojekt finden. An diesen Themen zeigte sich wiederum die enge Verbindung von Kultur und Politik, da Letzteres immer den Rahmen für Ersteres schafft.

In der vierten Panel-Sitzung sprachen WALTER MÜHLHAUSEN (Heidelberg) und TORSTEN OPPELLAND (Jena) über zwei maßgebliche Politiker der Weimarer Republik: Friedrich Ebert und Matthias Erzberger. Mühlhausen präsentierte knapp die Arbeit der Ebert-Gedenkstätte und stellte dar, dass Ebert heute keinen positiven Platz im kollektiven Gedächtnis der Republik einnimmt, obwohl ihm die Weimarer Demokratie Wesentliches zu verdanken hatte. Wohl aufgrund der Tatsache, dass sich um Ebert als vermeintlichen „Arbeiterverräter“ und dergleichen kein positiver Mythos bildete, wurde er auch in der Forschung lange vernachlässigt.

Oppelland sprach danach über Erzberger und dessen politische Leistungen. Er ging genauer auf vier Deutungseliten ein, die potentiell zu einem positiven Erzbergergedenken hätten beitragen können. Doch war Erzberger keiner dieser Gruppen allein verpflichtet oder zuzuordnen, sondern ein selbstständiger netzwerkorientierter Berufspolitiker. Diese Position zwischen den parteipolitischen Stühlen brachte Erzberger in den Ruf ein nur für das eigene Wohl arbeitender Karrierist zu sein. In diesem Sinne sei auch das bis heute etablierte, verzerrende Bild von Erzberger als „korrupter Thyssen-Lobbyist“ zu verstehen.

Aufgrund des krankheitlich bedingten Ausfalls von vier Panelisten wurden die Vorträge von ALEXANDER GALLUS (Chemnitz) und JENS RIEDERER (Weimar) zu einem Panel zusammengefasst. Gallus skizzierte in seinem Referat die Entwicklung der bisherigen Forschung zur Revolution von 1918/19, vor allem die ältere Debatte um die Rolle der Räte, und problematisierte den Begriff Revolution. Er konstatierte einen „schleichenden Abbruch“ der Debatte, sah

jedoch auch klare Anzeichen für eine aktuelle Renaissance der Revolutionsforschung und forderte nicht erneut bei letztlich kontrafaktischen Fragen zu verharren, sondern in einer Erfahrungsgeschichte die konkurrierenden Stimmungen der zeitgenössisch Beteiligten und folglich die Dynamik des politischen Prozesses auszuarbeiten.

Riederer präsentierte seine Forschungsergebnisse über die Entwicklung der amtlichen Verfassungsfeiern in Weimar, dem Geburtsort der Verfassung. Zunächst forderte er die Verfassungsfeiern insgesamt als Desiderat aufzufassen, da diese praktisch unerforscht seien. In Weimar wurden jährliche Feiern organisiert, wobei diese meist auf den kleinen Rahmen der örtlichen Repräsentanten des Staates beschränkt waren. Dieser Mangel an öffentlicher, „volkstümlicher“ Beteiligung an den Feiern konnte in Weimar nur selten ausgeglichen werden. Insgesamt seien die Verfassungsfeiern eher ein administrativer Akt als Pathos geladene Feste gewesen, was sie dem Nationalfeiertag der Berliner Republik am 3.10. nicht unähnlich mache.

Der Sonntag brachte zum Abschluss zwei Panels. Nach einer kurzen Begrüßung durch Michael Dreyer stellten LUCAS KOPPEHL und CORNELIUS ZIMMERMANN (beide Berlin) als Vertreter des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Bund aktiver Demokraten“ ihren Verein vor, der sich in der Tradition des historischen Reichsbanners und damit der wehrhaften Demokratie sieht. Es wurde der Wunsch bekräftigt weitere Veranstaltungen gemeinsam zu gestalten.

Im ersten Panel dieses Tages stellten CHRISTOPH GUSY (Bielefeld), FRANZ DÜWELL (Konstanz) und CHRISTOPH MÜLLER (Berlin) verschiedene rechtswissenschaftliche Aspekte der Weimarforschung vor. Zunächst ging Gusy in seinem Vortrag auf die Entwicklung des Verfassungsdenkens in der Weimarer Republik ein. Aufgrund des Kompromisscharakters der Weimarer Reichsverfassung (WRV) habe von Anfang an das Problem bestanden, dass nicht nur die Erwartungen der antirepublikanischen sondern auch die der republikanischen Parteien enttäuscht worden waren. Infolgedessen war die Verfassung von allen Seiten einem Ignorierungs- und Relativierungsprozess

ausgesetzt. Dies bedeutete jedoch gleichfalls, dass sich die WRV sehr dynamisch, sogar „stürmisch“ entwickelte und somit keine vermeintlichen statischen Mängel der Verfassung für das Ende der Republik verantwortlich gemacht werden können.

Düwell knüpfte in seinen Ausführungen über die Entwicklung des Arbeitsrechtes und Sozialrechtes an diese Diskussion der WRV an. Erstmals wurden in der Verfassung maßgebliche Sozialstandards festgelegt, deren Grundlagen auch in der Bundesrepublik nicht mehr wesentlich übertroffen worden seien. „Sozialer Geist“ war in der WRV in vielerlei Hinsicht zu finden, nicht zuletzt im Arbeitsrecht. Die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern sei allerdings problematisch gewesen, was nicht zuletzt aus dem Legien-Stinnes-Abkommen ersichtlich wurde.

Müller besprach abschließend das Verhältnis zwischen der WRV und dem Grundgesetz (GG). Zwar sei richtig, dass die Weimarer Verfassung sich als Ganzes betrachtet in den politischen Auseinandersetzungen der ersten Republik bewährt hatte, dennoch wurden in mehreren Punkten im GG bewusst andere Entscheidungen getroffen, so vor allem im Art. 48. Müller problematisierte daraufhin die zeitgenössische staatsrechtliche Debatte mittels Ausführungen zu Hugo Preuß und Max Weber. Die Entwicklung einer angemessenen Notstandsgesetzgebung war bereits damals als Problem erkannt worden, was jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen sollte, dass die Anwendung des Art. 48 unter Hindenburg verfassungswidrig gewesen ist.

Im abschließenden Panel hatten mit MARCUS LLANQUE (Augsburg) und Michael Dreyer zwei Politikwissenschaftler das Wort. Llanque betonte in seinen Ausführungen zum politischen Denken der Weimarer Republik, dass die damalige Debatte über die Bedeutung des Begriffs Demokratie sehr offen geführt wurde und eine rege Auseinandersetzung über das Selbstverständnis der jungen Republik stattfand. Die verschiedene inhaltliche Aufladung der Begriffe Demokratie, Republik wie auch des Begriffs Volksgemeinschaft stellt andererseits ein methodisches Problem dar, zumal die heutige Bedeutung dieser Begriffe in der Bundesrepublik wieder

eine andere ist.

Im abschließenden Referat stellte Dreyer die aktuelle wie die vergangene Debatte über die Weimarer Republik in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik dar. Die Repräsentation derselben in der wissenschaftlichen Lehre ist heute gering und Forschungsprojekte zur Republik sind ebenfalls rar. Dreyer unterstrich, dass die Weimarer Republik gerade für die Wissenschaften der Geschichte und der Politik eine Herausforderung ist, da überholte Narrative, wie das der „gescheiterten“ Republik, das stets von einer Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“ begleitet werde, weder die Leistungen noch die eigentlichen Probleme der ersten Demokratie greifen können. Weimar als wehrhafte Demokratie anzusehen, verhindere eben nicht, dass auch aus dem Ende der Republik gelernt werden könne.

Konferenzübersicht:

Eröffnung der Wanderausstellung: „Die Weimarer Republik: Deutschlands erste Demokratie“

Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

Michael Dreyer (Jena), Eröffnung der Tagung

Malte Krückels, Staatssekretär für Medien und Bevollmächtigter des Freistaates Thüringen beim Bund

1. Sitzung Weimar als Herausforderung – ein erster Überblick

Ursula Büttner (Hamburg): Weimar – wer war überfordert?

Detlef Lehnert (Berlin): Chancen und Möglichkeiten, Strukturen und Normen

2. Sitzung: Weimar und politische Bildung – Vorbild und Vermittlung

Moritz Kilger (EJBW, Weimar): Weimar und die Demokratie für junge Bürger

Thomas Krüger (Bundeszentrale für politische Bildung): Weimar und politische Bildung. Die Perspektiven aus der Bundesebene

Antonio Peter (Landeszentrale für politische Bildung, Thüringen): Weimar und politische Bildung. Die Perspektive aus der Landesebene

3. Sitzung: Weimar als Ausstellung – Demokratie sichtbar machen I

Stephan Zänker (Weimarer Republik e.V.):
Konzeption einer Wanderausstellung

Alf Rößner (Stadtmuseum Weimar): Weimar
in Weimar – die Mühen der Ebene

4. Sitzung: Weimar im Museum – Demokratie sichtbar machen II

Arnulf Scriba (DHM, Berlin): Das museale
Weimar in der Hauptstadt

Thomas Schleper (Landschaftsverband
Rheinland, Köln): Weimar in der Region

5. Sitzung: Weimarer Biographien für das 21. Jahrhundert

Walter Mühlhausen (Heidelberg): Friedrich
Ebert in der politischen Erinnerung

Torsten Oppelland (Jena): Erzberger – der ver-
gessene Märtyrer

*6. Sitzung Weimarer Revisionismus – Ge-
schichte neu denken*

Alexander Gallus (Chemnitz): Die vergessene
Revolution 1918

*7. Sitzung: Weimar und die Kultur – Heraus-
forderung bis heute*

Jens Riederer (Stadtarchiv Weimar): Weimar
und die Reichsverfassungsfeiern

*8. Sitzung: Rechtswissenschaft – Verfassungs-
ordnung und Sozialstaat*

Christoph Gusy (Bielefeld): Weimar und das
Grundgesetz – normative Grundlagen

Franz Josef Düwell (Konstanz): Weimar und
die Organisation der Arbeit

Christoph Müller (Berlin): Staat und Republik
– juristisches Denken in Weimar und Bonn

*9. Sitzung: Politikwissenschaft – Weimar und
unsere Demokratie*

Marcus Llanque (Augsburg): Politisches Den-
ken in Weimar und die Demokratie

Michael Dreyer (Jena): Weimar und die Bun-
desrepublik Deutschland – ein Fazit

Tagungsbericht *Weimar als Herausforderung.
Die Weimarer Republik und die Demokratie im*

21. Jahrhundert. 27.11.2015–29.11.2015, Berlin,
in: H-Soz-Kult 16.02.2016.